



Mehr Personal bei der Polizei?

Die befristeten Verwaltungsstellen sind ein Flop

Von 350 zur Verfügung stehenden Assistenzstellen (auf zwei Jahre befristet), die die Polizisten in NRW entlasten sollen, sind gerade einmal 24,5 Stellen besetzt. Auch von den 250 versprochenen zusätzlichen Polizeibeamten konnten durch freiwilliges Hinausschieben des Ruhestandes erst 87 Stellen besetzt werden. Wenn man die vorzeitigen Pensionierungen noch abzieht, gibt es nun weniger Polizisten im Land.

Nach der Silvesternacht wurde viel versprochen. Gehalten hat Rot-Grün nichts. Ich bleibe bei meiner Auffassung: Die angekündigten Reformen sind nur Beruhigungsspielen. Unterm Strich schafft es Rot-Grün einfach nicht, die Polizei materiell und personell angemessen auszustatten.

Übergriffe im Xantener Schwimmbad:

Drei Tatverdächtige mit langen Vorstrafenregistern

Einen Monat nachdem eine zehnköpfige Gruppe junger Männer Badegäste und Personal im Freizeitzentrum in Xanten (FZX) belästigte, hat mir Innenminister Ralf Jäger Details zu drei ermittelten Tatverdächtigen mitgeteilt. Sie alle haben lange und bedenkliche Vorstrafenregister, einer wurde 2007 bereits wegen Kindesmissbrauchs in zwei Fällen verurteilt.

Die Männer hatten im FKK-Bereich des FZX unter „Allahu Akbar“-Rufen Frauen angepöbelt und als „Schlampen“ bezeichnet. Der Vorfall passt zu einer ganzen Reihe von Störungen und Belästigungen in Schwimmbädern, die in dieser Badesaison bekannt wurden. Auch am vergangenen Wochenende gab es wieder etliche. Die Landesregierung weigert sich bisher, einen Gesamtüberblick über die Vorfälle in NRW aufzulisten, dennoch sieht auch der Innenminister ein, dass solche Vorfälle „geeignet sind, das Sicherheitsempfinden von Bürgerinnen und Bürgern zu beeinträchtigen“. Strafrechtlich relevantes Verhalten werde konsequent verfolgt, sofern die Tatbestände bekannt werden. Das sagt Jäger immer in solchen Fällen.

Ich erwarte von der Landesregierung nicht nur deutliche Worte zu den Vorfällen, sondern auch alle rechtsstaatlich möglichen Sanktionen gegen die Täter. Duldungen dürfen nicht verlängert werden. Auch im Fall des Täters mit libanesischem Pass ist eine Ausweisung zu prüfen. Wir müssen uns gegen Moralwächter, Hass und Intoleranz entschieden wehren und unsere Werte sowie unsere Art zu leben verteidigen.

Mehr: <http://kurzlink.de/GG160829>

Urteil zu Kommunal-Soli

Nicht alles was rechtens ist, ist auch vernünftig, gerecht und sinnvoll

Das Landesverfassungsgericht hat in dieser Woche entschieden, dass der Kommunal-Soli in Nordrhein-Westfalen rechtskonform ist. Damit wiesen die Richter die Klage von 72 Städten und Gemeinden (darunter auch Elsdorf und Frechen) gegen das sogenannte Stärkungspaktgesetz Stadtfinanzen ab.

Der rot-grüne Kommunal-Soli bleibt ungerecht und im Ergebnis unwirksam. Angeblich reichen Kommunen Geld zu nehmen, um es den ärmsten Kommunen zu geben, schwächt letztendlich alle. Es ist erschreckend, dass die Landesregierung bis 2022 die Stadtkassen etlicher Städte und Gemeinden plündern will. Dadurch werden gerade diejenigen Kommunen bestraft, die in den vergangenen Jahren nachhaltig und erfolgreich gewirtschaftet und enorme Sparanstrengungen unternommen haben. Die CDU-Landtagsfraktion lehnt den Kommunal-Soli weiterhin ab und fordert die Landesregierung dazu auf, umgehend auf die Zwangsabgabe zu verzichten. Die Kommunen müssen vom Land finanziell besser ausgestattet werden.